

Spendenkonto des Dritte Welt Vereins Osnabrück e.V.  
Sparkasse Osnabrück  
**Konto 1609402076 - BLZ 26550105**

## Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) Landesgruppe Niedersachsen

### 15. Niedersächsischer Tag der Politischen Bildung

**Donnerstag, 27.09.2007**

**9.00 bis 17.00 Uhr**



Technische Universität Braunschweig  
Aula der alten PH - Pockelsstraße 11

#### Themen:

Politische Bildung neu denken - interdisziplinäre Politikdidaktik - Verhältnis EPA und Kerncurriculum  
Politik-Wirtschaft Sek. II - Erfahrungen mit dem Kerncurriculum Politik-Wirtschaft Sek. I -  
Berufswahlorientierung, Betriebspraktikum und Arbeit mit Schülerfirmen  
Plenumsvortrag: Globalisierung von Unternehmen, Kapital und Politik

Bitte beachten Sie ab Juni 2007 die weitere Konkretisierung und die Möglichkeit der Anmeldung auf unserer Homepage.

[www.dvpb-nds.de](http://www.dvpb-nds.de)

### 1. Mai 2007

#### Rede von Hartmut Riemann - 1. Bevollmächtigter der IG Metall

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in den letzten Wochen und Monaten mit vielfältigen Aktionen versucht, die Einführung der Rente mit 67 zu verhindern.

Das ist uns nicht gelungen.

Der deutsche Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, was laut ZDF Politbarometer von 83% der Bevölkerung abgelehnt wird.

So kann man keine Politik machen!

Das muss doch auch den Vertreterinnen und Vertretern der so genannten Volksparteien einleuchten.

Aber scheinbar haben sie den Knall noch nicht gehört!

Scheinbar sind die Umfrageergebnisse noch nicht schlecht genug.

Aber dann kann man ihnen auch nicht mehr helfen.

Wir werden nicht aufhören, gegen eine falsche Politik klar Position zu beziehen. Schließlich wird schon jetzt darüber sinniert, ob die Rente

mit 67 nicht nur ein Zwischenschritt zur Rente mit 70 ist.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, nochmals deutlich unsere Alternativen zu benennen.

- Statt Rente mit 67 stehen wir für eine solidarische Rentenreform.

Wir wollen flexible und sozial akzeptable Ausstiege aus dem Arbeitsleben.

Wir sagen:

- Wer 40 Versicherungsjahre voll hat, der muss einen abschlagsfreien Zugang zur Rente haben und das auch vor dem 65. Lebensjahr.
- Wir verlangen die Verlängerung der Altersteilzeit.
- Wir wollen, dass der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert wird.
- Vor allem müssen schrittweise endlich alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung miteinbezogen werden.

Das bezieht alle in den Schutz des Solidarsystems ein und es sichert mittel- und langfristig die Finanzierungsbasis für das gesetzliche Rentensystem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt Alternativen zur Rente mit 67.

Lasst uns gemeinsam dafür streiten!

Auch in den kommenden Wochen und Monaten! Die nächste Bundestagswahlwahl kommt bestimmt.

Aber, es gibt auch Politikfelder, wo wir Gemeinsamkeiten haben. Die millionenfache Realität „Arm trotz Arbeit“ ist nicht mehr wegzudiskutieren.

Davor kann niemand mehr die Augen verschließen.

Auch in Berlin nicht.

Das ist schon mal was.

Wir haben dazu beigetragen, dass dieses Problem nicht mehr zu verschweigen ist.

Jetzt kommt es darauf an, dass Armutslöhne durch den Gesetzgeber tatsächlich auch verhindert werden.

Wir müssen den Druck verstärken.

Es darf nicht nur debattiert werden, es muss etwas geschehen.

Die Ausgangslage dafür ist gut.

Die Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen wird in der Bevölkerung breit unterstützt.

In der Mehrzahl der EU-Länder existiert bereits eine gesetzliche Lohnuntergrenze.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland ist damit auch ein Schritt hin zur europäischen Normalität.

In Großbritannien wurde gerade beschlossen, dass ab Herbst ein Mindestlohn von 8,10 Euro je Stunde gelten soll.

Nur nebenbei: Selbst die USA haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die SPD hat jüngst eine Kampagne gegen Lohndumping und für Mindestlöhne gestartet.

Alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und des DGB haben sich dieser Initiative angeschlossen.

An die Adresse der SPD sage ich an dieser Stelle aber ganz deutlich: Es wird nicht funktionieren, dass das Thema Mindestlohn die Rente mit 67 und das Nichteinhalten anderer Wahlversprechen vergessen macht.

Aber selbst in der CDU sind inzwischen einzelne Stimmen zu vernehmen, die gesetzliche Mindestlöhne nicht mehr ausschließen.

Die CDA sammelt Unterschriften für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die CDA fordert einen Monatslohn von mindestens 1.500 €, das ist die weitestgehendste Forderung.

Ich möchte Euch alle bitten, beide Aufrufe zu unterschreiben.

Wir Gewerkschaften stehen zu den Vereinbarungen, die im SPD-Gewerkschaftsrat besprochen worden sind.

Jetzt ist es an der SPD-Fraktion und dem Bundesarbeitsminister, sich mit aller Energie und an der richtigen Stelle für einen gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen.

Wir werden das Thema anständige Löhne für anständige Arbeit weiter voranbringen.

Viele Schritte können hier sinnvoll sein.

Das Entsendegesetz auszuweiten und sittenwidrige Löhne zu verbieten, ist notwendig, aber nicht ausreichend.

Denn damit landet man in einigen Branchen immer noch bei Stundenlöhnen von 3 oder 4 Euro.

Es geht um einen gesetzlichen Mindestlohn, der seinen Namen auch verdient.

Hierfür werden wir streiten.

Und hieran werden wir auch die Parteien messen.

Insgesamt ist es endlich an der Zeit, eine verteilungspolitische Wende einzuleiten.

Nur eine Minderheit profitiert vom wachsenden Wohlstand. Während sich die Manager der DAX Konzerne einen Einkommenszuwachs von knapp 20% genehmigt haben ist die größte Wachstumsbranche ausgerechnet der Armutssektor. Besonders erschütternd ist hier der Anstieg der Kinderarmut.

Anders ausgedrückt, Herr Ackermann von der deutschen Bank streicht 13,2 Millionen im Jahr ein während gleichzeitig Familien, die von Hartz IV betroffen sind, nicht wissen wie sie überhaupt überleben können.

Diese ist auch keine Neiddebatte, sondern Ausdruck einer schreienden sozialen Ungerechtigkeit.

Gleichzeitig wird diese Situation von den Unternehmen ausgenutzt, um auf der betrieblichen Ebene die Belegschaften zu erpressen.

Nichts anderes erleben wir derzeit bei der Telekom.

Das in 30 Jahren in freien und fairen Verhandlungen vereinbarte Tarifs-



tem soll mit einem Federstrich vom Tisch gewischt werden.

Die Konkurrenzfähigkeit wird ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten hergestellt. Das bedeutet Einschnitte für jeden Einzelnen von rund 40 %. Ich möchte der Telekombelegschaft von dieser Stelle aus unsere Solidarität versichern und fordere das Management auf, ihrer eigentlichen unternehmerischen Aufgabe gerecht zu werden und über technologische Entwicklungen und die Wiederherstellung einer Kundenzufriedenheit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu sichern.

Sollte die Telekom Belegschaft durch dieses Arbeitgeberverhalten zu einem Arbeitskampf gezwungen werden, werden wir diesen Streik unterstützen.

Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze!

Diese Beispiele könnte ich hier fortsetzen.

So erpresst die Geschäftsführung des Amazonenwerks in Hasbergen ihre Belegschaft mit der Drohung, dass zukünftig nicht mehr im Unternehmen investiert werde, wenn die Belegschaft nicht bereit sei, auf Lohn- und Gehaltsbestandteile zu verzichten und gleichzeitig die Arbeitszeit, - natürlich auch zum Nulltarif, verlängert wird.

Die betriebswirtschaftliche Situation ist hier übrigens ausgezeichnet, aber die Geschäftsführung hat sich zum Ziel gesetzt, das das Lohnniveau mindestens auf das Tarifniveau der neuen Bundesländer angepasst werden soll.

Im Werk Hude ist man aus diesem Grunde aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und verhandelt derzeit mit der christlichen Metallgewerkschaft CGM die neuen Bedingungen.

Der Belegschaft wurde in den letzten Tagen ein Verhandlungszwischenstand bekannt gegeben der vorsieht, dass neben einer Reduzierung der Urlaubstage und der Einkommen, sowie einer Verlängerung der Arbeitszeit als Ausgleich eine Beschäftigungssicherung vereinbart werden soll, die dann aber nur für CGM Mitglieder gilt.

Diese ist zwar arbeitsrechtlich nicht möglich, zeigt aber um was es hier geht.

Leider haben wir nun mal in dieser Republik diese billige Gewerkschaftsnutze namens CGM, die mit jedem Arbeitgeber ins Bett steigt, wenn es darum geht, dass soziale Besitzstände abgebaut werden sollen.

Ich will das Thema hier nicht weiter ausweiten, aber die Kirchen doch bitten einmal zu prüfen, ob der Name „christlich“ von solch einer Organisation geführt werden darf.

Im übrigen erinnert dieses Thema stark an den Siemens Konzern, der ja auch Millionen für eine Scheingewerkschaft aufgebracht hat, um die IG Metall zu schwächen. Diesen Sachverhalt müssen wir bei den Amazonenwerken nochmals prüfen.

Einreihen lässt sich in diesen Reigen noch die neuste Entwicklung bei der Neuen Osnabrücker Zeitung. Hierüber wird der Betriebsrat gleich aber selbst kurz berichten.

Diese betrieblichen Erfahrungen lassen sich auch auf unsere derzeitigen Tarifverhandlungen übertragen.

Verglichen mit den explodierenden Vorstandsgehältern wirkt unsere Tarifforderung von 6,5 Prozent mehr Geld sehr zurückhaltend.

Dennoch - 6,5 Prozent sind ein ehrgeiziges und gleichzeitig realistisches Ziel. Die Wachstumsaussichten der Wirtschaft sind weiter glänzend.

Seit Aufstellung unserer Tarifforderung haben einige Wirtschaftsfor-

schungsinstitute ihre Prognosen für 2007 sogar noch mal angehoben. Es besteht die realistische Chance auf einen sich selbst tragenden Aufschwung.

Ich denke, in den Tarifeinsetzungen wird über die Zukunft dieses Aufschwungs entschieden.

Die Bedingung hierfür sind vor allem steigende Einkommen.

Und damit meine ich nicht das Einkommen von Herrn Ackermann, sondern die Einkommen der breiten Masse.

Dies heißt, die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen jetzt endlich wieder steigen.

„Lohnzurückhaltung lohnt sich nicht!“

Dies ist das Ergebnis einer neuen Studie des Instituts für Markoökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Diese Studie sollte alle zum Nachdenken bringen.

Die schwache Lohnentwicklung hat in den vergangenen zehn Jahren knapp 600.000 Arbeitsplätze gekostet.



Warnstreik am 3. Mai - Beschäftigte von KME auf dem Weg zum Bahnhofsvorplatz

Foto: Joern Martens



Petra Teismeyer und Hartmut Riemann

Natürlich, schwach steigende Löhne haben dem einzelnen Unternehmen zunächst eine Ersparnis erbracht.

Tatsächlich haben aber auch die Arbeitgeber diese Lohnzurückhaltung teuer bezahlt.

Über 60 Prozent der gesamten Nachfrage entsteht bei den privaten Haushalten.

Wenn der private Konsum stagniert, dann kann die Wirtschaft nicht von der Stelle kommen.

In dieser Tarifaueinandersetzung wird auch über die soziale Gerechtigkeit in diesem Land entschieden.

Andere Branchen wie die Chemieindustrie und das Bauhauptgewerbe haben bereits Tarifabschlüsse erzielt.

Die Tendenz ist eindeutig – die Löhne steigen wieder und das zu Recht! An diese Linie will die IG Metall anschließen.

Die besonders gute Lage der Metall- und Elektroindustrie verdient dabei eine besondere Beachtung.

Zunächst hatte es den Anschein, dass die Arbeitgeber aus der Vergangenheit gelernt haben.

Sie haben relativ früh ein Angebot bzw. „Lösungsvorschlag“ vorgelegt und den Anschein erweckt, dass noch in der Friedenspflicht ein Tarifergebnis erzielt werden könne. Doch dieser Lösungsvorschlag ist völlig unzureichend.

Die Warnstreiks in den letzten Tagen sprechen glaube ich eine deutliche Sprache.

Ich kann hier ankündigen, dass wir am Donnerstag den 03.05. für das Tarifgebiet Osnabrück-Emsland zu Arbeitsniederlegungen aufrufen werden.

Um 10.00 Uhr werden wir dann vor dem Bahnhof eine Kundgebung durchführen, auf der als Hauptredner unser zweiter Vorsitzender Berthold

Huber sprechen wird. Ihr seid natürlich alle ganz herzlich eingeladen.

Falls die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung dann immer noch nicht aufgeben sollten, werden wir auch bereit sein, einen Arbeitskampf zu führen.

Das gleiche gilt für die Tarifverhandlungen in der Holz- und Kunststoff verarbeiteten Industrie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Themenreigen müsste jetzt eigentlich weitergehen über die Steuerpolitik, wo wir mit der Mehrwertsteuer geschröpft werden und die Bundesregierung den Unternehmern neue Steuergeschenke zukommen läßt.

Ich möchte auch darauf verzichten, hier eine Bewertung der Gesundheitsreform vorzunehmen, wo ebenfalls der Otto Normalverbraucher zur Kasse gebeten wird und die Pharmaindustrie und die Ärzte profitieren.

Ein Thema muss ich allerdings noch ansprechen, wo wir uns wohl alle einig sind.

Es ist ein Skandal, dass die NPD heute in Vechta eine Demonstration und Kundgebung durchführen darf.

Noch am Freitag, den 27. April haben wir alle in der Neuen Osnabrücker Zeitung gelesen, dass die Polizei bei einer Razzia gegen die rechtsradikale Szene, u.a. auch in unserer Region, so u.a. in Georgsmarienhütte, Bad Iburg, Bad Laer und Bramsche 60 Waffen sicher gestellt hat. Daneben wurde weiteres volksverhetzendes Material und Fotos von Sommercamps, wo

Hinrichtungen dargestellt werden. Laut NOZ ist für die Staatsanwaltschaft klar, dass es sich um Personen handelt, die unser demokratisches System verändern wollen und es wird ermittelt, ob es sich hier sogar um die Bildung einer bewaffneten Gruppe handelt.

Unter den Tatverdächtigen befinden sich mehrer NPD Mitglieder, unter ihnen die NPD Vorsitzenden des Unterbezirks Osnabrück und des Kreisverbandes Emsland/Grafschaft Bentheim.

Ich sage ganz deutlich, wir dürfen nicht hinnehmen, dass nur zu Zeiten von Fußballweltmeisterschaften Verbote ausgesprochen werden, wenn diese Horden von Ewiggestrigen Altnazis und Rechtsradikalen auf unseren Straßen unter Polizeischutz ihre menschenverachtenden Parolen verbreiten wollen.

Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus ist eine Losung, die für alle Demokraten eine ständige Herausforderung ist und wo wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung haben.

Es ist allerhöchste Zeit, dass alle Nazivereinigungen und insbesondere die NPD endlich verboten werden.

Diesen Kampf dürfen wir nicht vergessen.

Abschließend möchte ich etwas für den 1. Mai völlig unübliches tun, nämlich eine kleine Ehrung vornehmen.

Ein Geburtstag ist ja für sich genommen keine individuelle Leistung, sondern mehr oder weniger eine natürliche biologisch bedingte Folge.

Aber wenn jemand 25 Jahre hauptamtlich in einer Gewerkschaft beschäftigt ist und es sich dann auch noch um unsere DGB Regionsvorsitzende Petra Tiesmeyer handelt, darf man auch im Rahmen einer Mairade herzlich gratulieren.

Also liebe Petra, herzlichen Glückwunsch und auf eine weitere gute Zusammenarbeit, besonders im Interessen der Beschäftigten und der Arbeitslosen in dieser Region.